

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Monatspreis monatlich 1 M., vierteljährlich 3 M.; durch die Post bezogen monatlich 1,50 M., vierteljährlich 4,50 M. — Fest- und Versammlungsinserate kosten pro Zeile 25 Pf. — Geschäftsinsereate werden nicht aufgenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Theodor Wagner; Druck: H. Sandmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich in Bochum, Wiemelshausen Straße 38-42. Telephon-Nr. 98 u. 89. Telegr.-Adr.: Altherberg Bochum.

Betriebsräte und Werksbesitzer

Die Werksbesitzer können sich mit den Betriebsräten immer noch nicht abfinden, obwohl der ganze Werdegang der Dinge davon hinausläuft, das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter reitlos zu gewährleisten. Das geschah schon durch die Verordnung der Reichsregierung vom 28. Dezember 1918 über Tarifverträge, Arbeiter- und Angestelltenausschüsse und Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten. Ferner durch die Verordnung der Reichsregierung vom 18. Januar 1919, wonach in allen Bergwerksbetrieben, in denen auf Grund der Berggesetzliche ständige Arbeiterausschüsse bestehen, unverzüglich solche Ausschüsse (Betriebs- oder Bergwerksräte) aus der Mitte der Arbeiter des Betriebes in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundregeln der Verordnung vom 28. Dezember 1918 zu wählen sind.

In Mitteldeutschland haben die Verhandlungen zwischen den Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern und der Reichsregierung in Weimar schon am 12. März 1919 zu einer Vereinbarung über die Errichtung und Befugnisse der Betriebsräte geführt. Zwischen den Angestellten- und Bergarbeiterverbänden und dem Branchenverband in Essen wurde dann am 26. März 1919 eine Vereinbarung getroffen über die Errichtung und Befugnisse der Betriebsräte, die sich eng an die für den mitteldeutschen Bergbau getroffene Vereinbarung anlehnt. Am 26. Mai 1919 hat dann der Reichs- und Staatskommissar für den Wirtschaftsbereich des 7. Armeebezirks, Severing, Ausführungsbestimmungen zur vorläufigen Dienstausweisung für die Betriebsräte erlassen, welche auch Strafvorschriften enthalten. Zuwiderhandlungen gegen diese Ausführungsbestimmungen werden danach mit Strafen bis zu einem Jahre Gefängnis oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft. Das Reichsarbeitsministerium hat ferner einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, den wir in Nr. 22, 23 und 24 der „Bergarb.-Ztg.“ nebst unseren Änderungsanträgen veröffentlicht, welcher eine Fortentwicklung der Verordnung vom 28. Dezember 1918 bedeutet. Der Gewerkschaftskongress in Nürnberg hat dazu nahezu einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Der Kongress erklärt nach Kenntnisnahme des Vorentwurfs über Betriebsräte vom 15. Mai 1919, daß der Entwurf in wichtigen Stellen nicht allen Erwartungen entspricht, die berechtigterweise an ein Gesetz über Errichtung von Betriebsräten gestellt werden können. Unsere Vertreter werden ersucht, an der Ausgestaltung der Vorlage mitzuarbeiten, um ein brauchbares Gesetz zur Wahrnehmung der Interessen der Arbeitnehmer zu schaffen. Nur wenn das volle Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte in allen Arbeiterangelegenheiten in der Vorlage zum Ausdruck kommt, darf die Zustimmung der Arbeitervertreter erfolgen.

Alles das ist an den Werksbesitzern scheinbar völlig spurlos vorbeigezogen. Sie verstehen den Geist der Zeit heute ebenso wenig, wie sie ihn in der Vergangenheit verstanden haben. In Kleinigkeiten sind sie nach wie vor überragend groß. Das zeigen alle Berichte der Betriebsräte. Wir haben in letzter Zeit vielen Klagen gehört: Die Werksbesitzer haben den Herrn-im-Haus-Standpunkt nicht aufgegeben und juchen ihn mit den kleinlichen Mitteln zu behaupten und durchzusetzen! Das kommt auch in folgender Entschließung zum Ausdruck, welche von einer Betriebsrätekonferenz in Essen am 22. Juli, nach beinahe sechsstündiger Aussprache, einstimmig angenommen wurde:

„Die heute, am 22. Juli, von 51 Schachtanlagen der Bergbetriebe Essen, Werden und zum Teil Mülheim versammelten Betriebsräte protestieren mit aller Schärfe gegen die zunehmende Schikanerung und Mächtigung der Betriebsräte seitens zahlreicher Betriebenverwaltungen. Die zwischen den Bergarbeiterverbänden und dem Branchenverband vereinbarte „vorläufige Dienstausweisung für den Betriebsrat“ wurde durch zahlreiche Betriebenverwaltungen derart sabotiert, daß der Reichs- und Staatskommissar Severing am 26. Mai auf Grund des Gesetzes über den Belagerungsstand „Ausführungsbestimmungen zur vorläufigen Dienstausweisung für Betriebsräte“ erlassen mußte. Aber auch diese

„Ausführungsbestimmungen“ werden von zahlreichen Betriebenverwaltungen mißachtet, oft sogar in höhrender, aufreizender Weise. Dadurch ist eine starke Mißstimmung in den Betrieben entstanden. Wir erlauben die Reichsregierung dringend, sofort der von ihrem Vertreter Severing erlassenen Verordnung konsequent Beachtung auch seitens der Betriebenverwaltung zu verschaffen, damit schwere Störungen unseres Wirtschaftslebens verhütet werden.“

Ferner wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Die heute am 22. Juli 1919 stattgefundene Konferenz der Betriebsratsmitglieder, welche 51 Schachtanlagen vertreten, fordert vom Verbandsvorstand, daß er mit dem schärfsten Nachdruck dafür eintritt, daß in dem Gesetzentwurf für Betriebsräte das Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte festgelegt wird. Die anwesenden Betriebsratsmitglieder erklären, daß ohne das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten das Gesetz über die Betriebsräte für sie unannehmbar ist. Kommt das Mitbestimmungsrecht nicht in das Gesetz hinein, so wird unter den Bergarbeitern keine Ruhe eintreten, welche hoch für unseren Bergbau und unser Wirtschaftsleben unbedingt nötig ist.“

So weit hat es der Herr-im-Haus-Standpunkt also schon wieder gebracht, daß die berufenen Vertreter der Bergarbeiter ihre Empörung in dieser Weise zum Ausdruck bringen. Wir sind auch überzeugt, daß dieser Herrengeist nur dem Zwang gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, sich einordnen lernt. Es ist darum besonders zu begrüßen, daß der Ministerpräsident Gustav Bauer in seiner Programmrede vor der Nationalversammlung in Weimar am 23. Juli ein entsprechendes Gesetz wie folgt angekündigt hat:

„Die Macht des Arbeiters — Sie werden verstehen, daß ein Mann, der, wie ich, seit 30 Jahren in der Gewerkschaftsbewegung steht, also dort, wo seit Anfang gegen die Vorherrschaft des Arbeitgebers gekämpft wurde, das mit Freude feststellt — die Macht des Arbeiters ist gewachsen, seine einstige Hilflosigkeit gehört der Geschichte an. Diese Umschichtung im Einklang mit dem Wirtschaftsprozess muß ihren Ausdruck auch in unseren öffentlichen Einrichtungen finden. Darum wird Ihnen die Reichsregierung ein Gesetz über die Arbeiterräte und Wirtschaftsräte vortragen, das den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung, lediglich als Arbeitskraft, heraushebt und ihn zum Mitbestimmer im Produktionsprozess macht. Nicht mehr allein der kapitalistische Besitz, sondern die produktive Mitarbeit verleiht im neuen Deutschland Recht und Anteil. Das ist der große Gedanke dieses Gesetzes, das damit die Idee des Kapitalismus endgültig verneint. Es beseitigt nicht den Unternehmer, aber sein einseitiges Übergewicht, es setzt über das Privatinteresse das Allgemeininteresse, es beendet ein für allemal das Zeitalter der „lebendigen Maschine“ und bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus: zum gleichberechtigten Mitarbeiter und Mitbesitzer.“

Mit der Tatsache, daß die einstige Hilflosigkeit der Arbeiter der Geschichte angehört, werden sich die Werksbesitzer erst abfinden, wenn sie müssen. Die vorstehenden Ausführungen zeigen, daß es da nicht beim Mundspitzen bleibt, daß vielmehr auch geffissen wird. Der Ministerpräsident kündigte ferner für die nächsten Tage einen Gesetzentwurf an, wonach die dem öffentlichen Verkehr dienenden Stromerzeugungsanlagen über 3000 Kilowatt, soweit sie nicht im Besitz der Gemeinden oder der Preislaaten sind, sowie die Hochspannungsleitungen über 50 000 Volt, in den Besitz des Reiches übergeführt werden. Ein weiteres Gesetz über die Sozialisierung der Braunkohle hofft der Ministerpräsident binnen kurzer Zeit zur Vorlage reif zu machen. Die Finanzgesetzgebung gelangt im weitesten Umfang in die Hände des Reichs. Die Verfassung schafft die Reichsbahnbahnen. Der Sozialisierung der Elektrizität und Braunkohle soll bald der übrige Bergbau folgen. Damit wird das Reich zum wichtigsten Faktor im Wirtschaftsleben. Diesem Werdegang der Dinge werden auch die Werksbesitzer folgen müssen, ob sie wollen oder nicht. Die neue Zeit hat keinen Raum mehr für überhebende, kapitalistische Eigenbröteleien, wie sie sich besonders im Bergbau breit machen.

Belegschaften und Betriebsräte!

Betrifft die Kohlenförderung.

Von zahlreichen Kohlenverbrauchern gehen mir schwerwiegende Klagen über Versorgung mit stark unreinen Kohlen zu. Ich habe mich in einigen Fällen selbst davon überzeugt, daß ein sehr großer Teil der gelieferten „Kohlen“ tatsächlich Steine waren. Von einer Firma erhalte ich das Ergebnis einer genauen Untersuchung von Dampfheißkohlen, wonach deren Verbrennung einen Schlackenrückstand von über 43 Prozent ergab! Das infolge dessen die Feuerung in hohem Maße verschlachtet ist, die Geizer trotz größter Mühe nicht den nötigen Dampf halten können, darum der betreffende Betrieb kaum noch aufrecht zu erhalten ist, versteht sich von selbst. Wenn herart unreine Kohlen geliefert werden, dann entsteht dem Verbraucher ein unerträglich schwerer Schaden, denn er muß ja auch für die Steine die hohen Kohlenpreise zahlen. Das angelieferte Kohlen weist über 20 Prozent Steine enthalten, wird mir von einer Reihe Kohlenverbraucher bitter klagend berichtet. Hier muß unbedingt Besserung geschaffen werden.

Wenden wir auch, daß, wenn von einer täglichen Förderung von 230 000 T. rheinisch-westfälischer Kohle etwa 20 Proz. als unverbrennbar (Steine) zu bezeichnen wären, dann machte das rund 46 000 Tonnen aus! Und wenn täglich 150 000 T. mit der Eisenbahn verfrachtet werden, dann fahren wir rund 30 000 T. Steine täglich mit der Eisenbahn spazieren! Dazu brauchen wir jeden Tag 2000 Eisenbahnwagen, wenn jeder mit 15 T. beladen würde. Es ist aber doch allgemein bekannt, daß unsere Eisenbahn an starkem Wagenmangel leidet; deshalb werden ja schon Feierschichten auf diversen rhein.-westf. Strecken eingelegt. Das Herumfahren von Rehtausenden Tonnen Steine statt Kohlen ist also besonders heute eine unnützliche Belastung unserer Eisenbahnen und muß im Allgemeininteresse vermieden werden. Es ist mir natürlich wohlbekannt, daß eine ganz reine Förderung nur selten zu ermöglichen ist. Aber eine Vermengung mit 20, ja bis über 40 Prozent Steinen kann doch

von keinem gewissenhaften Menschen als erträglich anerkannt werden. Ich kann aber auch nicht annehmen, daß so stark minderwertig geladene Wagen von den Betriebenverwaltungen als vollwertig abgenommen und den Kameradschaften bezahlt werden. Bis zum Beweis des Gegenteils muß ich diesen Standpunkt einnehmen.

Ich bitte die Betriebsräte im Interesse des Ansehens der Bergarbeitergesellschaft dringend, dem geeigneten Mißstand ihre Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist die Aufgabe der Betriebsräte, nicht nur auf die Menge, sondern auch auf die Güte der Förderung zu achten. Sie müssen darum überall nachprüfen, welche Kontrolle der geförderten Kohle mit Rücksicht auf ihre Reinheit besteht und wie schließlich bei dem Versand verfahren wird. Es ist schon soweit gekommen, daß industrielle Kohlenverbraucher sich bald weigern werden, von bestimmten Betrieben Kohlen zu nehmen, weil sie den mitgelieferten großen Haufen Steine nicht als Kohlen mit hohen Preisen bezahlen wollen und können. Ich appelliere daher an die Belegschaften und deren Betriebsräte, nach den Ursachen dieses schweren Uebelstandes zu forschen. Es darf nicht dahin kommen, daß man sagt: früher, als hohe Strafen wegen unreiner Förderung drohten, hätten die Verlegte reiner Kohlen gefördert als jetzt, wo die alte Straferei abgeschafft sei. Damit würde ja gesagt, daß die Arbeiter ohne Strafandrohung nachlässig schafften. Eine derartige Meinung darf nicht aufkommen! Das liegt besonders im Interesse der Bergarbeiter! Sie müssen beweisen, daß kein Strafbütel notwendig ist, um gewissenhafte Arbeit zu erzielen, sondern diese durch das Pflichtgefühl des freien Arbeiters mindestens ebenso gut als durch Strafandrohung erreicht wird. Dies, bitte ich alle Kameraden, zu beherzigen, denen darum auch ist, die Betriebsverhältnisse im freigeistlichen, demokratischen Sinne zu gestalten. Die Betriebsräte bitte ich also dringend, die Gründe der unwirtschaftlichen minderwertigen Kohlenlieferungen sorgfältig festzustellen und in der wertigen Kohlenlieferungen sorgfältig festzustellen und in der Gemeinschaft mit den Betriebsleitungen für zweckmäßige Abhilfe dieses unstreitig vorhandenen schweren Mißstandes zu sorgen.

Otto Gue.

Arbeiterinnen und Jugendliche im Bergbau.

In der amtlichen Statistik über die Bergarbeiterlöhne in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens, die jetzt bis einschließlich 1. Vierteljahr 1919 vorliegt, wird der Anteil der einzelnen Arbeiterklassen an der Gesamtbelegschaft in Verhältniszahlen angegeben. Wenn man diese Verhältniszahlen in absolute Zahlen umrechnet, dann waren in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914 bis 1918 und im 1. Viertel 1919 Arbeiterinnen beschäftigt:

	2. 1914	2. 1915	2. 1916	2. 1917	2. 1918	1. 1919
Müßrgebiet	—	—	7680	16590	17102	12274
Oberhieslben	5785	7574	12512	13664	14999	14250
Niederhieslben	340	411	1286	1755	1968	1723
Saargebiet	—	—	—	950	1050	50
Wagener Revier	—	—	—	247	431	111
Niederhieslben, Steintohlenbergbau	—	—	220	578	567	325
Haller Braunkohlenbergbau	506	1267	4326	5411	5409	4951
Wiesb. Braunkohlenbergbau	—	52	220	1016	882	363
Haller Saigbergbau	12	36	57	295	434	222
Glantschaler Saigbergbau	1	45	394	465	622	244
Mansfelder Erzbergbau	—	112	2094	3220	2478	1248
Oberhieslben, Erzbergbau	7	217	456	524	611	405
Siegener Erzbergbau	250	268	464	486	481	575
Rafau-Weßlauer-Erzbergbau	25	40	74	35	70	41
Wiesb. Braunkohlen-Erzbergbau	121	138	253	303	271	114
Wiesb. Braunkohlen-Erzbergbau	68	63	74	101	144	144
Zusammen	7205	10223	31020	45020	47555	37159

Gegen das 2. Viertel 1918 ist danach die Zahl der Arbeiterinnen in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens um 10 416 zurückgegangen, dagegen ist sie immer noch um 29 934 höher wie im 2. Viertel 1914. Nun wurden aber im letzten Friedensjahr 1913 von den 9826 im preussischen Bergbau beschäftigten Arbeiterinnen nur 6890 gleich 70,12 Prozent von der amtlichen Lohnstatistik erfasst. Wenn man das gleiche Verhältnis im 1. Viertel 1919 zugrunde legt, dann waren 11 097 nicht erfasst und erhöht sich damit ihre Zahl von 37 139 auf 48 236.

Wenn man die Zahl der jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren in der gleichen Weise wie die der Arbeiterinnen nach der amtlichen Lohnstatistik ermittelt, dann ergibt sich in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens je im 2. Viertel 1914 bis 1918 und im 1. Viertel 1919 folgendes Bild:

	2. 1914	2. 1915	2. 1916	2. 1917	2. 1918	1. 1919
Müßrgebiet	15397	19057	22745	22651	19733	19493
Oberhieslben	7263	9257	6556	7781	7259	7901
Niederhieslben	993	1256	1412	1288	1194	1129
Saargebiet	1932	2173	3290	3277	3008	2640
Wagener Revier	520	656	859	751	729	640
Niederhieslben, Steintohlenbergbau	580	607	995	972	933	893
Haller Braunkohlenbergbau	1065	1333	1827	1769	1645	1399
Wiesb. Braunkohlenbergbau	640	730	861	797	753	361
Haller Saigbergbau	185	246	375	404	381	282
Glantschaler Saigbergbau	171	173	264	350	316	273
Mansfelder Erzbergbau	759	928	972	931	794	655
Oberhieslben, Erzbergbau	200	237	242	230	200	135
Siegener Erzbergbau	945	1012	1120	981	809	786
Rafau-Weßlauer Erzbergbau	273	438	579	595	480	336
Wiesb. Braunkohlen-Erzbergbau	287	285	321	299	275	99
Wiesb. Braunkohlen-Erzbergbau	77	93	103	104	95	110
Zusammen	31290	39654	44524	43151	38603	37504

Seit dem 2. Viertel 1916 ist die Zahl der jugendlichen Arbeiter danach um 7020 zurückgegangen, war aber im 1. Viertel 1919 immer noch um 6214 höher wie im 2. Viertel 1914. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter gestaltete sich der absolute und prozentuale Anteil der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens zusammengenommen wie folgt:

Arbeiterjahr	Arbeitergesamt	Arbeiterinnen absolut	in Proz.	Jugendliche Arbeiter absolut	in Proz.
2. Vierteljahr 1914:	767 177	7 205	0,94	31 250	4,06
2. " 1915:	532 897	10 223	1,92	39 654	7,45
2. " 1916:	567 794	31 010	5,46	44 524	7,84
2. " 1917:	577 332	37 563	6,51	49 095	8,49
1. " 1918:	593 722	40 842	6,88	41 197	6,94
1. " 1919:	606 403	45 020	7,52	43 151	7,12
2. " 1917:	632 062	44 522	7,04	40 258	6,37
3. " 1917:	652 258	45 550	6,98	39 868	6,04
1. " 1918:	645 544	45 886	7,11	38 088	5,89
2. " 1918:	646 378	47 555	7,36	38 603	5,97
3. " 1918:	618 550	44 546	7,20	35 288	5,70
4. " 1918:	621 793	40 472	6,51	34 225	5,50
1. " 1919:	748 930	37 139	4,96	37 504	5,01

Die Zahl der Arbeiterinnen ist danach bis zum 2. Viertel 1917 ununterbrochen stark gestiegen, dann trat zunächst Stillstand ein; im 2. Viertel 1918 hatte die Zahl der Arbeiterinnen den Höhepunkt erreicht, von da ab ging es stark abwärts. Die Zahl der jugendlichen Arbeiter hatte schon im 2. Viertel 1916 den Höhepunkt erreicht und schwankte seitdem recht erheblich. Das kann nicht überraschen. Trotz der starken Nachfrage nach weiblichen und jugendlichen Arbeitskräften haben sich die Lohnverhältnisse nicht im Verhältnis hierzu entwickelt, wie sich aus unserer Zusammenstellung der Löhne in Nr. 30 der „Bergarb.-Ztg.“ einwandfrei ergibt.

Die Notlage ist so groß, daß im kommenden Winter eine Katastrophe droht. Mit dieser Gefahr beschäftigten sich auch die Vertreter der Bergarbeiterverbände mit denen des Branchenverbandes in Essen in der Sitzung vom 17. Juli. Von Vertretern des Branchenverbandes wurde u. a. angeregt, bis zur Beseitigung des Arbeitermangels mehr Arbeiterinnen zur Arbeit über Tage und mehr jugendliche Arbeiter zur Arbeit auch unter Tage zuzulassen. Wenn das geschehen soll, müßte zunächst die Bezahlung eine bessere werden. Nach unserer Zusammenstellung in Nr. 30 der „Bergarb.-Ztg.“ schwankte im 1. Viertel 1919 der Durchschnittslohn der Arbeiterinnen in den 16 Hauptbergbaubezirken Preußens zwischen 8,15 und 7,50 M., der Durchschnitts-

lohn der jugendlichen Arbeiter zwischen 3,05 und 6,44 Mk. pro Schicht. Das ist viel zu wenig. Für solche Löhne werden sich Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter nur im Nothfalle zur Bergarbeit hergeben. Die Arbeitslust und Arbeitsleistung werden sich nur durch eine entsprechende Entlohnung steigern lassen. Wir halten aber auch die stärkere Heranziehung von Arbeiterinnen zur Bergarbeit für äußerst bedenklich. In der Vorkriegszeit war die Frauennarbeit hauptsächlich nur auf den oberflächlichen Gruben vertreten. Im Saargebiet, im Saargebiet, im Raabener Revier, im niederschlesischen Steinkohlenbergbau, im linksrheinischen Braunkohlenbergbau und im Mansfelder Erzbergbau wurden überhaupt keine Arbeiterinnen beschäftigt. Nach und nach hat sich infolge des Krieges die Frauennarbeit überall eingebürgert. Es war sogar beabsichtigt, die Arbeiterinnen auch unterirdisch zu beschäftigen und nur infolge des entschiedenen Einspruchs der Bergarbeiterverbände ist es unterblieben. Diese haben immer gefordert, daß Arbeiterinnen zu der viel zu schweren und schmutzigen Arbeit auf den Gruben nicht verwendet werden sollen. Bis auf Oberschlesien war die Befreiung der Frauennarbeit auf den Gruben auch bald erreicht. Da kam der Kulturzerstörer Krieg und warf alles wieder über den Haufen.

Der Krieg liegt hinter uns und wir müssen daran gehen, seine Schäden zu heilen. Das können wir unmöglich durch noch stärkere Heranziehung von Arbeiterinnen zur Grubenarbeit. Wir müssen im Gegenteil auf einen Abbau der Frauennarbeit auf den Gruben hinarbeiten. Bei den Verhandlungen der Vertreter der Bergarbeiterverbände mit denen des Beschenverbandes ist schon am 14. November 1918 zugestanden worden, daß die Frauennarbeit auf den Gruben im Oberbergamtsbezirk Dortmund beseitigt werden soll, wenn Ersatzkräfte dafür zu haben sind. Es muß erwartet werden, daß die übrigen Bergreviere sobald als möglich diesem Beispiel folgen. Statt die Zahl der Arbeiterinnen zu erhöhen, müssen wir uns daher nach Ersatzkräften umsehen.

Wir dürfen auch nicht zugeben, daß die jugendlichen Arbeiter wieder in der Grube beschäftigt werden. Die diesbezüglichen Schutzbestimmungen sind nach Ausbruch der Revolution wieder in Kraft gesetzt worden und dabei muß es bleiben. Der Krieg hat soviel gesunde Volkskraft zerstört, daß wir uns den Luxus nicht mehr erlauben können, die Gesundheit der Frauen und Jugendlichen bei der viel zu schweren Grubenarbeit weiter zerstören zu lassen. Da können keine Ausnahmen mehr gemacht werden, zuiwel Kraft und Gesundheit sind schon unnützlich verthan worden. Zudem würden die Frauen und Jugendlichen die drohende Kohlenkatastrophe nicht hindern können. Da müssen wir uns schon nach anderen Mitteln und Wegen umsehen.

Nun ist vielfach empfohlen worden, die Arbeitslosen in den Großstädten eventuell durch Zwang zur Grubenarbeit heranzuziehen. Diesen auf die solche Mittel empfehlen, bedenken nicht, daß es nicht allein auf die Zahl, sondern viel mehr auf den Geist ankommt. Man kann einen Ochsen zum Brunnen, aber nicht zum Saufen zwingen. So kann man auch die Arbeitslosen eventuell in die Gruben, aber nicht zum Arbeiten zwingen. Wir sind grundsätzlich gegen einen derartigen Zwang, lehnen ihn aber auch ab, weil er nicht zum Ziele führt. Das einzige Mittel, das Erfolg verspricht, ist die entsprechende bessere Bezahlung der Bergarbeiter. Dann werden sich schon genügend Ersatzkräfte finden. Aber nicht nur die Zahl der Arbeiter wird sich entsprechend vergrößern, sondern es wird auch nach und nach ein anderer Geist einziehen. Nur mit arbeitsfreudigen Menschen können wir alle Schwierigkeiten überwinden.

Arbeiter- und Angestelltenverbände im Bergbau.

Von sachkundiger Seite wird uns geschrieben: Wenn es im Bergbau gelingen soll, auf dem Wege zur Sozialisierung fortzuschreiten, ist eine Verständigung der Organisationen der Arbeiter und Angestellten notwendig. Denn nur wenn eine Verständigung über die der Lösung varenden Aufgaben erfolgt und diese Lösung in gemeinsamer Arbeit geschieht, ist die Aussicht vorhanden, der unauflösbaren vorhandenen großen Schwierigkeiten Herr zu werden. Beide Teile der Arbeitnehmererschaft müssen dem gleichen Ziele zustreben. Dieses aber läßt sich nur erreichen, wenn die Generalstäbe beider Armeen, und das sind die Gewerkschaftsverbände, sich vorher über die zukünftige Arbeit verständigen und nach einem einheitlichen Plane handeln. Getrennt marschieren, vereint schlagen, muß die Lösung sein.

Dieser Gedanke ist von den Gewerkschaftsführern der Arbeiter seit Jahren als richtig anerkannt worden, aber seine Uebertragung in die Wirklichkeit begegnete so großen Schwierigkeiten, daß bis zum Kriege und auch in den Kriegsjahren die Verwirklichung als ein schöner Traum erschien. Denn einmal war der Druck der Bergwerksbesitzer auf ihre Angestellten, diese von Organisationsbestrebungen fernzuhalten, sehr groß. Aber auch der Standeshübel der Angestellten sowie ihre Gleichgültigkeit gegenüber gewerkschaftlichen Fragen war mindestens ein eben so großes Hindernis, eine Verständigung mit der Arbeitererschaft als erreichbar erscheinen zu lassen.

Durch die Revolution ist nun auch in dieser Hinsicht gar mancher Stein aus dem Wege geräumt worden und die Ausschüßen, ein Zusammenarbeiten von Arbeiter- und Angestellten-gewerkschaften zu erreichen, sind ganz erheblich gezeigten. So hat sich der Bund der technischen Angestellten und Beamten („Autab“) vor einigen Wochen an die Arbeitsgemeinschaft der vier Bergarbeiterorganisationen gewandt, um eine Aussprache über die Möglichkeit einer Verständigung über gemeinsame Arbeit herbeizuführen. In dieser Aussprache ist denn auch grundsätzliche Uebereinstimmung erzielt worden, daß sich die Organisationsleitungen über alle Fragen verständigen, die Arbeiter und Angestellte in gleicher Weise betreffen. In dieser Sitzung sind denn auch schon zwei Punkte berührt worden, bei denen sich eine Verständigung erreichen ließ. So wurde das Fahrsteiger- und Innebohrerrevier besprochen. Die Verhandlungen werden eine gleiche Stellung gegenüber der Mittelschicht zu der Frage einnehmen, wie eine Lösung erfolgen kann, wenn sich die Notwendigkeit hierzu ergibt. In zweiter Reihe wurde über Maßregelungen über und festgestellt: alle Verbände sind entschieden gegen jede Maßregelung, ganz gleich, ob sie von oben oder von unten ausgeht. Die Abwehr von Maßregelungen soll, soweit diese von unten ausgeht, durch Aufklärung und striktes Verbot von seiten der Organisationen erfolgen. Gegen Maßregelungen von seiten der Arbeitgeber Front zu machen, ist Sache des einzelnen Verbandes. Sollten Verhältnisse vorliegen, daß ein Verband allein nicht imstande ist, die Zurücknahme zu erreichen, so ist eine Verständigung mit der Arbeitererschaft nur durch die zuständigen Stellen der Gewerkschaftsleitungen anzustreben.

Nun hat der „Autab“ ein eigenes Fachorgan unter dem Titel: „Der technische Grubenbeamte“ für die Bergwerksangestellten herausgegeben. An dem Leitartikel: „An unsere Leser“ wird zur gemeinsamen Arbeit mit den Arbeiterorganisationen Stellung genommen und heißt es u. a.:

„Gerade in den Fragen der Betriebsorganisation ist eine Verständigung von Arbeitern und Angestellten unbedingt erforderlich. Darum hat sich der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Bergarbeiterorganisationen, dem alten Verband, dem Christlichen Gewerkschaften, dem Christ-Sozialen Gewerkschaften und der politischen Arbeitervereinigungen, zusammengeschlossen und hat mit diesen zu verständigen.“

In einer Besprechung haben sich die Bergarbeiterorganisationen und der Bund dahin geeinigt, daß über alle Fragen, die Angestellte und Arbeiter gemeinsam betreffen, eine Verständigung erzielt werden muß, wenn der Bergbau zur Ruhe kommen und ein geordnetes Arbeiten ermöglicht werden soll. Wir sind der Meinung, daß eine Veränderung der bisherigen Betriebsverhältnisse erfolgen muß, wenn solche Zustände, wie sie früher herrschten, unter denen die Grubenbeamten jahrzehntlang gestritten haben, nicht wiederkehren sollen. Aber nicht nur im persönlichen Interesse der Angestellten liegt eine Veränderung der Betriebsorganisation, sondern auch im Interesse der Allgemeinheit. Denn auch diese leidet unter den Unruhen, die den Bergbau heimsuchen. Diese Unruhen aber zu vermeiden, ist allein möglich, wenn sich die gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Angestellten zusammenschließen und nach gemeinsamen Richtlinien die Betriebsorganisation verlangen.

Wie halten grundsätzlich die Betriebskräfte für einen Fortschritt, deren Ausbau wir fördern wollen. Und der Umfang der Arbeit, die den Betriebskräften obliegt, ist sehr groß. Es wird deshalb in unseren Orts- und Fachgruppen vieles beraten werden müssen, um Klarheit zu schaffen. Und wenn diese Einsprüche in die Praxis umgesetzt werden sollen, so ist es notwendig, daß auch die Arbeitererschaft sich diese Gedanken zu eigen macht. Hierzu soll das neue Blatt „Der technische Grubenbeamte“ ebenfalls dienen.

Auch in den Fragen der Knappschäftsverteilung müssen Arbeiter und Angestellte gemeinsam handeln. Hier sind zwar die zu erstrebenden Ziele in ihrer materiellen Höhe verschieden, aber bei dem gesamten Ausbau des Knappschäftswezens sind wir auf die Unterstützung der Bergarbeiter angewiesen; daher verspricht eine Verständigung die besten Erfolge. Hossentlich kommt in absehbarer Zeit ein Knappschäfts-gesetz, bei dessen Ausarbeitung die Angestellten mitarbeiten müssen, wobei das neue Blatt gute Dienste leisten kann.

Ein weiteres wichtiges Kapitel ist die Frage des Sicherheitswezens im Bergbau. Nicht nur die Störung gegen die Gefahren, die dem Bergmann durch die elementaren Gewalten drohen, wird der Förderung bedürfen, sondern auch jene Gefahren, die man als Berufsrisiken bezeichnet und die im Bergmannsberuf eine große Rolle spielen, sind zu besprechen. Auch hier ist ein Handinhandarbeiten mit der Arbeitererschaft notwendig, und die Aussprache in unserem neuen Blatt soll dieser Verständigung dienen.

Mit den vorstehenden Ausführungen hat sich der Bund entschieden auf den Boden der Verständigung zwischen Arbeiter- und Angestelltenorganisation gestellt und ist damit im Gegensatz zu den übrigen Angestelltenverbänden getreten. Dieser Gegensatz ist jedoch im Interesse der Klärung zu begründen, denn die sich hieran anschließenden grundsätzlichen Auseinandersetzungen werden die gesamten Angestellten zur baldigen Stellungnahme veranlassen.

Der „Autab“ ist schon heute die weitaus stärkste Organisation der Angestellten im Bergbau. Bei den Wahlen zur Arbeitskammer im Ruhrrevier hatten zehn Angestelltenverbände Zitate aufgestellt; zwölf Vertreter waren zu wählen; davon hat der „Autab“ mit 7400 Stimmen allein sieben erhalten. Der Fördermaschinenverband und der Fördermaschinenverband, die beide gemeinsam mit dem „Autab“ der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände angehören, haben je einen Sitz erhalten. Diese beiden Organisationen werden sich wahrscheinlich ebenfalls an der Gemeindefacharbeit beteiligen, denn die Zeit verlangt die Stellungnahme. Zwei Vertreter hat der Verband der kaufmännischen Angestellten erhalten und ein Vertreter ist dem Verband der oberen Beschenbeamten zugefallen. Eine ähnliche Wahl hat im Niederschlesischen Braunkohlenrevier stattgefunden. Hier mußten fünf technische Angestellte zum Sachverständigenrat gewählt werden; davon erhielt der „Autab“ drei, der Werkmeisterverband einen und der Gruben- und Fabrikbeamtenverband einen Sitz.

Aus diesen Wahlen geht hervor, daß der „Autab“ schon heute die ausschlaggebende Organisation im Bergbau ist. Er selbst gibt die Zahl seiner Mitglieder im Bergbau auf rund 20 000 an, eine Ziffer, die eine Macht wird, wenn die gewerkschaftliche Schilung sich durchsetzen kann.

Von den anderen Organisationen wird die Zusammenarbeit mit den Arbeiterorganisationen abgelehnt. Für die technischen Angestellten kommt der Gruben- und Fabrikbeamtenverband, der Reichsverband der Bergwerksangestellten, die mitteldeutsche Vereinigung der Bergwerksangestellten und eine Reihe kleinerer Vereinigungen in Svidan, Nieder- und Oberschlesien in Frage. Auch der Verband der oberen Beschenbeamten ist hierher zu rechnen. Alles dies sind, mit Ausnahme des Gruben- und Fabrikbeamtenverbandes, der eine Unterabteilungsvereinigung war, Revolutionsgründungen, die von Leuten ins Leben gerufen worden sind, die sich bisher niemals um Gewerkschaftsarbeit gekümmert haben und die als Hauptpunkt in ihrem Programm die Revolution haben. Von den kaufmännischen Angestellten wird auch der Gedanke der Zusammenarbeit mit den Arbeitern bis jetzt allgemein abgelehnt und eine Veränderung ist erst zu erwarten, wenn die neue Einheitsorganisation, die durch die Verbindung des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und des Verbandes der Bureauangestellten entsteht, die Werbung und Aufklärung planmäßig in die Wege leitet.

Im Vorstehenden sind die Anfänge einer Neuorientierung im Bergbau geschildert, einer Entwicklung, die in der Richtung liegt, wie sie seit Jahren von den Arbeitergewerkschaften für notwendig gehalten wurde. Hossentlich gelingt es, diese Zusammenarbeit so auszubauen, daß der gesamte Bergbau den Nutzen hat. Die Arbeiter können hierzu viel beitragen, wenn sie das, was die Organisationen tun, auch auf den Betrieb selbst übertragen und versuchen, vor allem mit den gewerkschaftlich organisierten Angestellten in Frieden auszukommen.

Die Geschäftsstelle des „Autab“ befindet sich in Berlin NW. 52, Werkstraße 7. Angestellte, die sich dieser Organisation anschließen wollen, sind auf diese Adresse hinzuweisen.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Interessenten an der sofortigen Einführung des freien Handels.

Als in Deutschland die Erkenntnis ausdammerte, daß der Krieg länger dauern würde, wie ursprünglich angenommen, und als sich der Ring der Feinde immer fester um uns schloß, wurde man sich klar, daß das Reich mehr und mehr auf sich allein angewiesen war, und daß die in den Reichsgrenzen vorhandenen Vorräte an Lebensmittelbedürfnissen, wenn nicht der Stärke alles an sich rasen durfte, während der wirtschaftlich Schwache darbt, nach einem strengen Rationierungssystem bewirtschaftet werden mußte. Es war das Fundament aller Staatswezens, die Gerechtigkeit, die zu dieser rationierten Wirtschaft führte. Rationierung bedeutet Zwang: für den Produzenten, der seine Produkte zu einem aus der Soziallage gerechtfertigten niedrigen Preise herzugeben muß, und für den Konsumenten, der sich nicht weigern darf, als ihm nach dem Verteilungsprinzip zusteht. So widerprüchlich so das theoretische Prinzip der Gerechtigkeit hinhinnehmen mußte, so bräudend wurde der Zwang in der Praxis empfunden, um so mehr, als sich erst Einzelne, dann weitere Kreise skrupellos darüber hinwegsetzten. Die Produzenten lieierten nicht alles ab und machten das Zurückhalten gegen hohe Preise zu Geld, und die wohlhabenden Konsumenten suchten hinter herum zu kommen, was nur erreichbar war. So entzündete sich ein ebenso blühender, wie schmerzlicher Schleichhandel, dessen Verordnungen sowohl bei Produzenten als Konsumenten,

als auch im Handel selbst solche Charaktere erlagen, denen man es in Friedenszeiten niemals zugehört haben würde.

In weiten Kreisen empfand man mit immer stärkerem Widerwillen die Rationierung als einen überaus lästigen Zwang, und allmählich gewöhnt nach einem zielbewußten Plan, den insbesondere die streu-lose Agrarpresse verfolgte, entließ die Parole: Jeder mit der Zwangswirtschaft! Die Folge der „gerechten Rationierung“ ging dem Bewußtsein verloren, und allein das Zwangszüngle wurde jordan betont. Die verantwortlichen Reichsstellen mußten angeht die unerschütterbare Tatsache, daß nicht genug Waren vorhanden, daß allein diese Waren überhaupt in der aufzubringende Form des Problems war, das höchste Maß von Freiheit aufzubringen, um dem planmäßigen Ansturm der sogenannten Freunde des freien Handels abzuwehren. Bei diesem Kampfe hatten sie leider auch einen Teil der sog. „ehrlichen Kaufmannschaft“ gegen sich, die der Ansicht war, daß sie leichter und billiger Waren vom Ausland herinbekommen könne, als die beherrschenden Einfuhrzentralen, und dabei bereit, daß einmal streng unterschieden werden mußte zwischen Lebensnotwendigen Waren und weniger wesentlichen Artikeln, und daß zweitens die Bezahlungsfrage von der Reichsfinanzwirtschaft (Walta) nicht zu trennen war. Die offiziellen Klärungsversuche waren vielfach in den Wind gegangen, und wenn man heute genau zusieht, sind es ganz bestimmte Kategorien, die ein Interesse an dem Sturz der zentralisierten Wirtschaft und an der sofortigen Einführung des freien Handels haben, obwohl auch sie ausnahmslos zugeben müssen, daß „allerdings“ für Brot, Fleisch und Fett die Rationierung beibehalten werden müsse.

Am sofortigen freien Handel haben ein ganz bestimmtes, und zwar kein ideales Interesse: 1. alle Handelspersonen, die genau wissen, daß bis auf weiteres bei geschädigter Disposition und rüchschlossenen Zuständen Wülfenangebinne gemacht werden können; 2. alle Warenbesitzer, die hoffen, daß sich der bestehende Warenmangel nicht im Sandumdröhen bescheiden läßt, weil Mangel an Schiffstamm und Bahnransportmittel, Mangel an vollwertigen Zahlungsmitteln und die Entwertung des bisherigen Geldes nur langsam einen neuen Warenverkehr erwarten lassen; 3. alle Schlichter, die überzeugt sind, daß ihre unter den Zwangsverhältnissen planmäßig angebaute Schiebergebnis zu neuen Triumpfen führen werden; 4. alle ausländischen Warenagenten in der Gewißheit, daß sie ihre verlegenen Kunden nicht umsonst vorzuehmen unterbringen können, als in dem so ganz anspruchslos gewordenen deutschen Markt; 5. alle diejenigen Verbraucher, die sich nicht scheuen, deutsches Geld selbst für entscheidende Luxuswaren nach dem Ausland gehen zu lassen, dort unsere Mark noch mehr entwertet und die Zukunftsbedingungen der deutschen Finanzpolitik durchkreuzen. Alles in allem kann man nicht gerade sagen, als es die ebenen Teile des deutschen Volkes sind, welche ohne Unterlaß nach der Erlösung des „freien Handels“ rufen. Die besonnenen und geistvollsten Kenner der handelspolitischen Lage wissen nur zu genau, daß, so selbstverständlich wir uns alle in dem Wunsch nach Abbau der Zwangswirtschaft einig sind, dies nur gelassen kann unter gewissenhafter Berücksichtigung der Verhältnisse. Die sofortige Freistellung des freien Handels würde das Deutsche Reich mit einem Schlag in einen inneren Wirtschaftskrieg stürzen, von dem sich jeder ein ungefähres Bild machen kann, wenn er zum Beispiel die bedeutenden Vorgänge auf dem Markt, Aktien- und Fräugensmarkt heranzieht. Das „freie Schick der Rente“ würde sich nur in einem wahren Krieg aller gegen alle äußern.

Wahrheiten aus der Montanindustrie.

Eine fürchterliche Kohlennot

droht der Welt, wenn es nicht gelingt, die Förderung bedeutend zu erhöhen. In Oberschlesien betrug im 1. Halbjahr 1918 der Kohlenverbrauch 1 594 436 Eisenbahnwagen, im 1. Halbjahr 1919 aber nur 723 362. Zu Anfang April hat die Kohlenförderung betragen (ohne Kleinrevieren) im Mai 1918: 8,22, im Mai 1919: 6,81 Millionen To. Die Förderung pro Kopf der Gesamtbevölkerung ist auf 0,56 To. pro Tagel gesunken, während vor dem Kriege der Effekt 0,80—0,90 war! Eine Kohle ist das Wirtschaftswesen nicht aufrechtzuerhalten, da mühen wir uns in einer Monarchie, in einer demokratischen oder in einer Räte-Republik leben. Bekommen wir nicht genügend Kohlen, dann ist es gerade so, als ob wir nicht genug Brot haben. Das muß den Leuten energisch gesagt werden, die bei jeder Gelegenheit vom „Generalstreik“ reden, ohne sich an die Vereinbarungen der Organisationen zu kehren und hinterher nach „mehr und billigeren Lebensmitteln“ schreien, nachdem sie selbst durch den Streikwahnsinn dafür gesorgt haben, daß die Lebensmittel teuer und geringer werden. Ganz Europa steht vor einem fürchterlichen Zusammenbruch, wenn es nicht gelingt, vor dem herannahenden Winter den nötigen Kohlenbedarf zu schaffen. Auch in England geht die Kohlenförderung rapide zurück. 1913 wurden dort 232 Millionen Tonnen gefördert, oder 259 To. pro Mann der Belegschaft, 1918 waren es nur noch 231 Mill. To. oder 229 To. pro Mann. Für 1919 rechnet man nach dem bisherigen Förderergebnis nur auf 217 Mill. To. England kann die starke Kohlennachfrage also auch nicht befriedigen, auch Amerika ist in Schwierigkeiten geraten. Was kann mit Aussicht auf Erfolg geschehen, um unsere Kohlenförderung bedeutend zu heben?

Kohlenförderung und Weltfrieden.

Durch die Versailles „Friedensbedingungen“ ist Deutschland gezwungen, zunächst in den ersten fünf Jahren an Frankreich jährlich bis 27, an Belgien 8, an Italien 4½, an Luxemburg 3,84 Millionen Tonnen, zusammen 42—43 Mill. To. Steinkohle zu liefern. Seit 1. Juli To. Kohlen kann auch ein entsprechendes Quantum (2 Mill. Tonnen) Stofs verlangt werden. Bei dem jetzigen Stand unserer Kohlenförderung können wir das unmöglich! Deutschland hatte 1913 eine Gesamtförderung von rund 100 Mill. Tonnen Steinkohlen, wovon 17 auf das nun abzutretende Saar-Pfalz-Kohlengrubengebiet und 43,43 auf Oberschlesien entfielen, das wir uns unter dem Druck der Fremdwörter auch nicht sichern werden. Selbst wenn die Förderung wie 1913 erzielte, so würden wir in dem stark reduzierten Deutschland doch nur über rund 130 Mill. To. Steinkohlenförderung verfügen. Tatsächlich ist aber unsere Förderung zurzeit allgemein auf etwa 60 Prozent der letzten Friedensjahresmenge gesunken! Im Oberbergamtsbezirk Dortmund (einschließlich der unerschöpflichen Zechen) beträgt die Tagesförderung nicht einmal regelmäßig 240 000 To., was pro Jahr (300 Arbeitstage) rund 72 Mill. To. ergibt, gegen 110 im Jahre 1913. Der bergbauliche Statistiker Dr. Jungling jagt die Steinkohlenförderung in dem kampfdeutschen nach dem Ergebnis der Streikreisen ersten vier Monate 1919 auf 72 Mill. To. jährlich und auf etwa 95 Mill. To., wenn wir nun von größeren Streiks verschont bleiben. Wenn wir von dieser (statistischen) Menge auch nur 40 Mill. To. an Frankreich, Belgien, Italien und Luxemburg liefern, dann bleiben uns für den Eigenbedarf nur 55 Mill. To. übrig, wovon aber auch noch die Ausfuhr nach Estland, Finnland, Schweden und der Schweiz (1913 zusammen etwa 8,8 Mill. To.), die wir nötig haben für den Austauschhandel, abzurechnen müßten. Österreich-Ungarn dürfte recht dürftig von Polen-Oberschlesien beliefert werden. Für das kampfdeutsche ist aber, nach dem Ergebnis von 1913, noch mit einem Steinkohlenverbrauch von 119,4 Mill. To. (Jüngling), davon 17. Mill. Tonnen für die besetzten Gebiete, zu rechnen. Wenn wir die gesamten Versailles Bedingungen erfüllen sollen, so müssen wir schon deshalb eine außerordentlich gesteigerte wirtschaftliche Tätigkeit entlocken. Dazu gebrauchen wir in erster Linie Kohlen und zwar wenigstens in dem Maße wie 1913. Das ist uns unmöglich, wenn wir von (zu-nächst) bestenfalls 95 Mill. To. Jahresförderung mindestens 40 Mill. To. nach den Versailles Bedingungen abgeben müssen! Jüngling berechnete allein den Jahresbedarf aller Industrien in dem verkleinerten Deutschland an 65 Mill. To., während wir, wie gesagt, nach Eingabe der Zwangsablieferungen überhaupt nur noch 55 Mill. To. zur Verfügung haben. Davon müssen dann Eisenbahnen, Gas- und Elektrizitätswerte, Landwirtschaft und die andere Nahrungsmittelherzeugung, Rangierwerke und außerdem die großen Industrien und der Hausbrand vorzuehmen. Das ist eine glatte Unmöglichkeit!

Entweder wir erfüllen die Versailles Zwangsverpflichtungen, dann müssen wir noch sehr viel mehr Industrien als jetzt schon fast brachliegen ganz abtören; oder wir verzerren unsere Industrie mit Kohlen, damit das gewaltige Heer von Arbeitslosen (wazu noch Hunderttausende heimkehrender Kriegsgefangene kommen) erheblich reduziert wird, dann können wir die Versailles Bedingungen nicht erfüllen und müssen die schmerzlichen Repressalien (Besatzung, Requisitionen, Handelsperre usw.) erwarten!

Unsere Kohlennot ist bereits fürchterlich geworden! Die amtlichen und nichtamtlichen Verteilungsstellen werden schließlich bestimmt von schwermütigen Kohlenverwaltungen und können ihren trüben Nachbarn erschließen. Unsere Haus- und Industrie, das Bau- und Gewerbe liegt wegen Kohlenmangel zum teilweis größten Teil still, wir können deshalb die große Wohnungsnot nicht lindern. Unzählige Industrieanlagen, selbst in nächster Nähe der Kohlengebiete,

können schon jetzt nur sehr eingeschränkt oder gar nicht mehr arbeiten lassen. Die Getreideernte steht bevor, es fehlt an Kohlen, um den bringenden nötigen Vorrat zu beschaffen. Das Verkehren in diesen Tagen ist in allen Ecken und Enden; und was noch inakt ist, wird von Eisenbahnerstreiks bedroht, die uns die Hungersnot bringen, selbst wenn wir eine gute Ernte und Nahrungsmittelfuhr haben würden. In früheren Jahren wurde in der Sommerzeit eine Kohlenvorratsbeschaffung der Eisenbahnen, der Gas- und Elektrizitätswerke, der Landwirtschaft und des Hausbrandes getätigt, die sich auf Millionen Tonnen bezifferte. Jetzt sind die Lager so gut wie leer, die gemeinsten Anlagen sind nur für ein paar Tage mit Kohlen versorgt. Hausbrand ist so gut wie gar nicht vorrätig. Bekommen wir einen strengen Winter, dann werden die Menschen scharfweise erstickt! Oder es werden alsbald die Hausbrandlager bevoorratet, dann müssen wieder zahllose Industrieerwerke stillgelegt werden und die Zahl der Arbeitslosen wächst ins Unermessliche! Das wäre der glatte Zusammenbruch aller staatlichen Ordnung. Auch die Vernichtung alles dessen, was wir von dem neuen Deutschland erhoffen.

Knapptätiges.

Knapptätige-Vereinsbesprechung in Bochum vom 10. Juli 1919.

Zunächst wird mitgeteilt, daß sich in Bergkamen ein Pflegschaftsausschuß gebildet habe. Derselbe soll die Verpflegung usw. übernehmen, vor allen Dingen soll das Essen kontrolliert werden. Die Vorschläge der einzelnen Ausschüsse des Vorstandes wurden alsdann entgegengenommen. Der Antrag der Arbeiter der Untertagehöhlen, ihnen den Austritt aus der Knapptätigkeitsklasse freizustellen, wurde abgelehnt. Neben dem Austritt verlangte man die Erstattung der zuviel gezahlten Beiträge sowie Ueberweisung zur Gütertransportkasse.

Von der Verwaltung wurde verlangt, daß in den Bezirken Castrop, Heddinghausen und Hamborn mehrere neue Zahlbezirksbureaus gebildet würden. Zur Entlastung des Zahlbezirksbureaus Gerne sowie des Zahlbezirksbureaus Heddinghausen sollten in Datteln, Herten und Heddinghausen Zahlbezirksbureaus errichtet werden. Ein Arbeitervertreter regte an, da das Zahlbezirksbureau in Heddinghausen zu sehr in Anspruch genommen würde, dort noch für ein größeres Bureau Sorge zu tragen. Im übrigen wurde beschlossen, in Castrop und Wanne Zahlbezirksbureaus zur Entlastung von Gerne und Heddinghausen einzurichten. Zur Entlastung von Wuer soll sobald wie möglich ein Zahlbezirksbureau in Gladbeck errichtet werden. Zur Entlastung des Hamborn-Bureaus soll Dinslaken ein Zahlbezirksbureau erhalten. Auch sollte erwogen werden, ob nicht in Dinslaken-Werke ein Bureau eingerichtet werden kann.

Der Antrag der Bezirksärzte auf Erhöhung der Vergütung wird abgelehnt. Auch die Forderung der Krankenkassen nach einer Erhöhung der Beiträge wird abgelehnt. Die Angelegenheit wird zurückgestellt. Die Verwaltung soll eine besondere Sitzung der Vorstandssitzungen einberufen, um mit diesen eine gründliche Aussprache über die ärztliche Versorgung und Vergütung herbeizuführen. Der Personalentscheidungsbescheid, für den Kommissar Dr. Schlandraff, für den Kommissar Dr. Runge-Vergeloff und weiter für Wilhelm Dr. Wenzel, für Hahnberger Dr. Gernerich und für Herr-Schmer Dr. Wabderer als Bezirksärzte angenommen. Der Vorstand ist hiemit einverstanden.

Der Antrag des Krankenausschusses auf Erhöhung der Gehalts für Gehilfen auf 1800 Mk., steigend jährlich um 100 Mk. bis 2200 Mk. wird abgelehnt. Dagegen wird beschlossen, das Anfangsgehalt der Gehilfen von 1200 Mk. zu erhöhen, steigend jährlich um 100 Mk. bis zum Schluß der 2700 Mk. Gehalts, die infolge Mangel an freien Stellen oder sonst ohne eigenes Verschulden nicht zu höheren Gehältern aufrücken können, sollen außerdem noch fünf jährliche Steigerungssätze von 120 Mk. bewilligt werden können. Den Gehilfen soll ein Anfangsgehalt von 1200 Mk., steigend jährlich um 120 Mk., gewährt werden. (Schlußbeitrag 2100 Mk.) In diesen Grundgehältern vererbt sich selbstverständlich die übliche Zulagenzulage. Auch hiemit ist der Vorstand einverstanden.

Dann wurde noch als stellvertretendes Mitglied in den Rechnungs-ausschuß der Kasse Krüger-Günther gewählt. Als Ersatzmann für die ausgeschiedenen Mitglieder Fischer und Benz wurden für den Knapptätigen Krankenversicherungsverband die Herren Bräunlich und Metz in Vorschlag gebracht. Diese werden ebenfalls von der Generalversammlung des Knapptätigen Krankenversicherungsverbandes gewählt. Der Kasse Fischer-Dortmund ist als ordentliches Mitglied aufgeführt, der Kasse Benz-Gerne hat das Amt eines Kontrollierers angenommen.

Die Neubegrenzung der Sprengel 233 und 241 in Wilhelmshagen wird verlagert, da noch Bestimmungen zu treffen sind. Im übrigen werden die Punkte 6 bis 10 gemäß den Vorlagen der einzelnen Bezirks-ausschüsse angenommen.

Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Krawall und Nachhaken.

Von einem Arbeiter wird uns geschrieben: In Nr. 23 der Bergarb.-Ztg. las ich den Artikel über Gesamtsolidarität und Gesamtschuld der Jahre 1914/15 in Berlin. Nicht weniger als 731 Prozent mehr Aufwand als Förderung erwies sich in der Zusammenfassung. Zudem hagelte es noch Streifen über Strafen für die dort beschäftigten Arbeiter und wackeren auch Strafmittel und Bekämpfung der Steiger. Dieses nun von etwa 111/4. Wie steht es nun auf anderen Schichtanlagen? Und wie verhält sich der Betriebsrat auf denselben? Im Jahre nur mal den Betriebsrat der Zeche General Bismarck 111/4 in Heddinghausen auf denselben bitten, Förderung, Absatz und Strafen für schlecht beladene Wagen zu revidieren. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß hier noch erheblich höhere Bismarck herausgerechnet werden. Im voraus bemerke ich, wenn nicht 12 bis 13 Prozent Geldbesparnis (es sind schon 16 Prozent gewesen) gefördert wurden, hagelte es Strafen für die Kumpels und Strafmittel und Bekämpfung für die Steiger. Schreiber dieses war selbst am letzten beteiligt. Besonders hervorzuheben ist in dieser Form der Steiger gegenüber der Betriebsrat S. und der damalige Kumpel, jetziger Plagiatseher M. Auch hier muß zur Selbsthilfe gegriffen und die zu Unrecht entzogenen Strafgelder und die Ueberförderung an die Arbeiter mit Zinsen zurückgezahlt werden. Sollte die Revision etwas schwer fallen, bin ich gern dazu bereit, hier helfend einzutreten.

So weit die Zuschrift. Es darf dabei doch nicht übersehen werden, daß die Zeche früher nur in der gefährlichsten Weise schalten und walten konnten, weil die Arbeiter es sich erlauben ließen. Nur verhältnismäßig wenige Arbeiter schlossen sich ihrer Organisation an und setzten sich zur Wehr. Die anderen aber ließen sich alles gefallen, schlossen sich sogar teilweise noch den Gelben an und machten sich so den Feinden bloßstellen, während die Unorganisierten sich ihnen trotzt dienstbar machten. Direkt und indirekt haben sich also die meisten Arbeiter den Zechen dienstbar gemacht. Sie sind darum nicht berechtigt, sich über die Fragen zu beklagen. So steht es auch mit den Zechenbeamten. Wenn da dauernde Besserung eintreten soll, dann müssen Arbeiter und Beamte bei sich selber gründlich Ein- und Umkehr halten.

Beitrag und Zigaretten.

Von einem Betriebsratsmitglied aus dem Märker Bezirk wird uns geschrieben: Daß dem Zechenkapital die Betriebsräte im Wagen liegen, betreiben die Ausschüsse des Betriebsführers der Zeche Graf Bismarck 111/4 über die Unkosten der dortigen Betriebsräte im Mai 1919. Diese Rechnung wird wohl nicht stimmen. Im Mai, wo die Betriebsräte in Tätigkeit traten, haben wir die Erfahrung machen müssen, daß von den Verwaltungen auf den Zechen Sabotage getrieben wurde, welches auch heute noch versucht wird. Ueber Lage im Kesselsaal fehlte es immer an Dampf. Wenn die Förderung infolge Dampfmangel pro Tag eine Stunde verlagert, bringt sie einen Kohlenanfall von mindestens 150 Wagen. 150 Wagen zu 12 Zentner sind 1800 Ztr. oder 90 T. Das sind monatlich, zu 25 Arbeitstagen gerechnet, 2250 T., die ein tüchtiger Betriebsrat, wenn er sich hinter die Dampfzerzeugung macht, der Verwaltung retten kann. Diese 2250 T. würden nach der Berechnung des Betriebsführers von Graf Bismarck, zu 100 Mk. die Tonne gerechnet, ein Kapital von 225 000 Mk. ausmachen.

Ebenso fehlt es, wenn kein Dampf für die Luftkompressoren da ist und nicht genügend Druckluft in die Grube geschafft werden kann. Dann sind die Kameradschaften vor Ort zur Untätigkeit gezwungen oder müssen sich abquälen und bezwecken hoch nicht. Wenn die Lokomotiven unten in der Grube zum Stillstand kommen und können nicht laufen, liegen stundenlang in den Förderstrecken in kaputtem Zustand. So sind die Förderer in den einzelnen Grubenabteilungen gewaltig. Die Kohlenbauer werden ihre Kohlen nicht los. Dann spielt der Wa-

germangel auch in der Grube eine große Rolle. J. B. am Schacht stehen nicht genügend Waggons. Wenn die Maschinen aus dem Bau kommen, müssen sie so lange am Schacht warten, bis die Kohlen, die sie gebracht haben, zutage gefördert sind, ehe sie wieder abfahren können. An den Bergwerken sind die Luftspalten nicht in Ordnung. Derselben sind in schlechtem Zustande, weil es am nötigen Material fehlt. Und wer soll das besorgen? Nur die Zechenverwaltung allein! Über die Herren kommen immer mit der Ueberzede, sie könnten nichts beschaffen, weil nichts da wäre, trotzdem man in den Fachzeitschriften immer wieder liest, daß Material angeboten wird.

Auch ein Uebelstand ist es mit dem Material, wie Holz, Schienen, Ruten und allem, was der Bergmann zu seiner Arbeit braucht. Wenn ihm nicht alles in genügendem Maße geliefert wird und er braucht nicht stundenlang danach zu suchen, würde manche Tonne Kohlen mehr zutage gebracht werden. Wenn die Betriebsräte dann auf diese Mängel hinweisen, gefaßt es den Herren nicht, denn sie besitzen immer noch den alten Kaufengeist, den Herrn-im-Gaule-Standpunkt. Wo ich im Betriebsrat beschäftigt bin, betrug die Förderung im Mai 1343 Wagen pro Tag. Im Juni, bei derselben Arbeiterzahl, 1513 Wagen, weil wir immer auf die angeführten Mängel hingewiesen hatten. Also ist durch unsere Tätigkeit eine Produktionssteigerung eingetreten. Es ist schon treffend auf die männlichen Dienstämtern hingewiesen worden. Derselben sind auf allen Zechen vorhanden, welche die Zechenanlagen in Ordnung halten sollen, in Wirklichkeit aber die Gärten der Herren Betriebsführer, Inspektoren und Direktoren in Ordnung halten müssen. Auch weibliche Dienstämtern werden von der Zeche angestellt, von derselben bezahlt und die Herrschaften benutzen sie. Das sind alles Uebelstände, die beseitigt werden müssen.

Wenn die Betriebsräte dahinter sind und alles beseitigen helfen, so werden sie sich sehr gut bezahlt machen. Wieviel Kaufmännern können durch die Tätigkeit der Betriebsräte mehr gefördert werden? Da stimmt die Rechnung des Herrn Betriebsführers von Graf Bismarck nicht. Er sagt, der Betriebsrat kostet 11760 Mk. Nein, im Gegenteil, er kann viel mehr retten. Deswegen kann man es ganz gut verstehen, daß die Herrschaften uns Betriebsräte lieber auf dem Mond sähen, als auf den Zechen. Die Herren sagen ja, je früher alles zugrunde geht, desto eher hat es ein Ende. Und so, glaube ich, wenn das ganze Wirtschaftsleben ein Trümmerhaufen würde, dann hätte das Kapital den Grund, es wieder aufzubauen. Da sehen wir gerade wieder in der Armut und Schließung noch schlimmer, wie es früher war. Darum fordere ich alle Betriebsräte auf, sich nicht einschüchtern zu lassen, sondern ihre volle Macht zu tun zum Wohle für die Bergarbeiterzeitung und die Kameradschaft.

Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute in Gladbeck.

Am 29. Juli fand für den Bezirk Gladbeck eine Konferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute statt. Allgemein wurde die Ansicht, daß eine erzieherische Tätigkeit der Betriebsräte nur unter enger Aufsicht der Organisation zu erreichen sei, als richtig anerkannt. Allgemein herrschte auch darüber unter den anwesenden Betriebsräten Einverständnis, daß ein noch besserer Zusammenschluß der organisierten Betriebsräte und mehr Aufklärungskonferenzen zu erfolgen haben, um einen umfassenden gegenseitigen Meinungsaustausch und durchgreifende Ausbildungen zu ermöglichen. Aus den Ausführungen einiger Kameraden ging hervor, daß auf verschiedenen Schichtanlagen, wie auf Nordheim 111/4, Schreier, welche infolge ihrer großen Mannstärke während der Revolution zu ihrem Posten als Betriebsräte gekommen sind, heute schon hinter unseren Vertrauensmännern herlaufen, um von denselben Aufklärung über die Tätigkeit zu erlangen. Oder, was sonst die logische Folge des Zerbröckelns dieser Sorte Arbeitervertreter ist, infolge ihrer Unfähigkeit wieder das zu werden, was sie früher waren, nämlich Unorganisierte. Der Zusammenschluß ist auch darum notwendig, weil einzelne Verwaltungen fortgesetzt versuchen, den Betriebsräten bei Ausübung ihrer Tätigkeit hindernd in den Weg zu treten, und der eine oder andere, wenn er keine Rüdenbedingung hat, den erigen Anschuldigungen unterliegt, wie es einzelnen der Schreier schon ergangen ist. Sein Jota von dem herunter, was die Dienstvorschrift der Betriebsräte enthält, war die Parole aller Kameraden. Aber auch in Zukunft kein Engkommen mehr den Unorganisierten, welche durch die Tätigkeit der Betriebsräte eine Besserung ihrer Verhältnisse erwarten, aber aus Selbsthät und Stumpfheit sich der Organisation nicht anschließen, vielmehr als Schmarotzer derselben weiter begütigen wollen.

Wenn innerhalb des Bezirks ein Rückgang zu verzeichnen war, so ist derselbe nur auf die mühe Selbe der Leute zurückzuführen, welche aus Eifer für die Einheitsbestrebungen in den allermeisten Fällen selbst hinter die Organisation mehr gehören und „verfeinern“, die Beiträge zu zahlen. Ansehend an die Beschlüsse der Konferenzen in Essen und Bochum wurde auch hier verlangt und beschlossen, in nächster Zeit durchzuführen, daß die durch die Organisationen im Verhandlungsweg erreichten Lohnaufbesserungen nur an diejenigen gezahlt werden dürfen, welche Mitglieder einer der vertragstschließenden Organisationen sind. Zur tariflichen Regelung der Löhne im Bergbau soll durch die Organisationen eine vertragliche Festlegung in derselben Form erfolgen. Die Durchführung der diesbezüglichen Beschlüsse unserer Generalversammlung muß Aufgabe der nächsten Zeit sein, und soll dadurch erreicht werden, daß in Gemeinschaft mit den anderen Organisationen auf den im Bezirk Gladbeck gelegenen Schichtanlagen die Wägungskontrolle, in Bezug auf die Zugehörigkeit zu einer der vertragstschließenden Organisationen wieder vorgenommen werden soll.

Gelbes- und sonstige Organisationsfragen sollen ebensohienig wie in der beschriebenen Arbeitsgemeinschaft auch auf den Werken nicht anerkannt werden. In den vorhandenen vier Organisationen ist Platz genug für alle, denn die Zersplitterung muß unter allen Umständen bald wieder ein Ende haben.

Einen in der Konferenz gestellten Antrag, alle einer Organisation nicht angehörigen Betriebsräte in der Öffentlichkeit namhaft zu machen, um sie zu bestrafen, soll in der Folgezeit Rechnung getragen werden. Eine diesbezügliche Entschließung wurde einstimmig angenommen. Bemängelt wurde in der Konferenz nur, daß in der letzten Zeit verschiedene Gesichts- in Gladbeck in der Kolonie Mülversbühl dazu übergehen, zum Austritt aus dem Verbands und zum Uebertritt in den Gewerkschaften aufzufordern. Im Interesse der bisherigen Arbeitsgemeinschaft muß dagegen Einspruch erhoben und aufgefordert werden, von einem derartigen Vorgehen Abstand zu nehmen. Wir freuen uns, wenn in der letzten Zeit der Uebertritt gestoppt worden ist und haben keine Ursache, denselben wieder heraufzubeistimmen. Dazu gehört aber auch, daß man derartiges unterläßt und seine Kapitulationslust nicht bei den Mitgliedern des Verbandes, sondern bei den Nichtorganisierten betätigt.

Betriebsräte und Jugendklub.

Berichtigung der Notiz in Nr. 23 vom 12. Juli. Es ist nicht richtig, daß auf Zeche Auguste Victoria bei der Unfalluntersuchung durch die Bergbehörde grobe Fahrlässigkeit des verantwortlichen Bezirksleiters festgestellt wurde. Richtig ist vielmehr, daß die Untersuchung über den Unfall noch nicht abgeschlossen ist. Es hat sich aber doch schon ergeben, daß grobe Fahrlässigkeit eines Beamten nicht in Frage kommt. Auch ist noch nicht endgültig festgestellt, daß die Warnungstafeln am Unfallort gesetzt haben. Durch Zeugen ist erwiesen, daß sie bei Entnahme der Kettenbahn ausgehängt wurden. Der bisherige Verlauf der Untersuchung hat, wie hinzugefügt sei, die Vermutung nahegelegt, daß die Jungen, von denen einer verunglückt ist, trotz des angelegten Verbots, die Holzkettenbahn zu betreten, in den Unterraum eingetreten sind, hier Unfug getrieben haben und mitunter die Maschine in Gang setzten. Auch hierüber ist die Untersuchung noch nicht abgeschlossen.

Herr Bergassessor Paul Stein sagt, die Untersuchung sei noch nicht abgeschlossen. Trotzdem soll schon ergeben haben, daß grobe Fahrlässigkeit eines Beamten - wir haben den Betriebsleiter, und nicht einen Beamten genannt - nicht in Frage kommt. Fahrlässigkeit wird also zugegeben. Diese Berichtigung stößt sich mithin lediglich auf das Wortchen grobe. Es handelt sich also lediglich um eine Begriffsbestimmung, über die die Meinungen sehr weit auseinandergehen können. Inoffizielle objektiver Tatsachen sagt Herr Bergassessor Paul Stein seine subjektive Meinung und beruft sich auf das Pressegesetz, um diese Meinung an den Mann, d. h. in unsere Zeitung zu bringen. Ganz wie in aller Zeit. Gegen diesen selbstherrlichen Mißbrauch des Pressegesetzes müssen wir uns wenden. Die gute alte Zeit, wo alles nach der Zechenpresse zu tanzen hatte, ist vorbei. Das mag sich der Herr Bergassessor merken.

Mit der gleichen Tätigkeit, mocht der Herr Bergassessor anstelle objektiver Tatsachen seine subjektive Meinung fest, übergeht er unsere Angabe, daß der Betriebsleiter einen „Fahrlässiger“ genannt hat. Dem Herrn Bergassessor ist das Pressegesetz danach nur Gebrauchsartikel, um seinem Bedarf, und nicht um der Wahrheit zu dienen. Es wird dem Herrn Bergassessor danach recht schwer, sich mit der rauen Wirklichkeit abzufinden. Aber - es ist nichts so schlimm auf Erden, wird schon werden - wird schon werden. Auch der Herrzeuge wird wieder lernen.

Erklärung.
Von einem Teil der Arbeiter bin ich als Streikbrecher, Lump usw. bezeichnet worden. Zudem wurden mir drei Bestrafungen durch den Betriebsassistenten Kumpff zur Last gelegt, die gegen Arbeiter verhängt worden waren, die bei der Arbeit schlafend angetroffen wurden. Die Bestrafungen als Streikbrecher, Lump usw. treffen mich nicht; ich habe meine Tätigkeit während des Streiks im Einverständnis mit dem Betriebsrat fortgesetzt, bin somit kein Streikbrecher. Zudem habe ich ja auch mit der Kohlenförderung und der Aufrechterhaltung des Betriebes nichts zu tun. Gegenwärtig sind die Bestrafungen durch den Betriebsassistenten Kumpff völlig fern. Das wissen auch alle Kameraden, die mich kennen und die es nicht wissen, sollten sich erst unterrichten, bevor sie mir solchweise die Ehre abschneiden.
Bochum, 7. Juli 1919. R. u. b. t. g. K. u. m. p. f.

Deutschlands schlechte Wirtschaftslage und ihre Hebung.

Jeder ehrlich Denkende mußzugeben, daß wir uns in einer wirtschaftlich recht traurigen und bedrückenden Lage befinden; es ist zu verwundern, daß von der Regierung nicht mehr in dieser Sache unternommen ist.

Über auch die leitenden Männer der Industrie, welche in der langen Kriegszeit sicher übergenug Gewinne gemacht haben, trifft hier großes Verschulden. Oder sollten alle diese Leute, welche während des Krieges nicht genug zu loben wußten, die Tüchtigkeit und den Fleiß des deutschen Volkes, jetzt alles Interesse verloren haben an der Wieder- aufschwung Deutschlands, in der Ansicht, daß der bevorstehenden allgemeinen Sozialisierung keine für sie nicht mehr genügend heraus? Unfinnig, dieser Gedanke, und wäre es sehr zu wünschen, daß alle Argumente, welcher Art sie nun auch seien, endgültig zur Seite gestellt würden; alle Tüchtigen müssen der Regierung beistehen bei der Neu- regelung und Wiederbelebung unserer Wirtschaftslage, um endlich ernstlich dem halb irren Volke Taten zu zeigen - und zu beweisen.

Die Einsicht aller ist nötig, um schnell wieder in geordnete Bahnen zu kommen. Jeder allem Zweifel ist doch, der Bergbau ist die Seele des ganzen Wirtschaftslebens, mithin ist hier der wunde Punkt ganz Deutschlands, und solange man hier an aufzubauen, gleichzeitig solange man energisch an die Lebensmittelpreise zu senken, und das Ausfließen Deutschlands wird seinen Anfang nehmen.

Aufbauen - wird mancher einwenden, ist schon gesagt, aber wie? Auch könnte die Einwendung kommen, die Löhne im Bergbau sind doch enorm gestiegen, mithin können Arbeiter und Beamte zufrieden sein, sie sollten lieber durch Eintreten für das Verschaffen von wünschlicher Ueberfließ (pro Schichtanlage) mit dafür sorgen, daß die Förderer im ganzen erhöht wird. Doch wie liegen die Dinge nun in Wirklichkeit? Sind die Löhne im Bergbau wirklich den Verhältnissen entsprechend halbtags festgesetzt? Dieses muß unbedingt verneint werden. Sieht man sich alle anderen Branchen und Lohnarbeiter an, so kommt man ohne weiteres zu einem anderen Resultat; die ungemessen schwere und gefährliche Arbeit im Bergbau ist dabei noch gar nicht herberzichtigt - und hier liegt das Pudels Horn. Die Industriellen, in Gemeinschaft mit der Regierung, sollten sich endlich klar werden darüber.

Das Interesse des Einzelnen am Ganzen kann doch nur dadurch gefördert werden, daß man dem Einzelnen gute und vernünftige Lebensbedingungen schafft und ihm hiermit einen gewissen Anreiz zur Tätigkeit gibt. Trägt man hierfür Sorge - wodurch gleichzeitig das Ansehen der Bergarbeiter wächst - und entläßt die Bergarbeiter, welche in den freiwilligen Unterwühlungen gefunden haben, zur Arbeit, womit die Zahl der wirtlichste Verleumdungen um ein ganz Bedeutendes vermehrt würde, dann ist gewiß, die Bergarbeiter sind die besten, welche sich weitern, zum Wohle des Ganzen mitzuwirken. Auch würden sie, obwohl nicht kleinen Bezugs, für Ueberfließungen empfänglich, solche wünschlich doch mindestens eine Verleser in Interesse des Wieder- aufblühens des gesamten Wirtschaftslebens.

Hier könnte mancher Arbeiter zu der irrigen Auffassung kommen, es sollte kein Ueberfließentweilen das Wort geredet werden. Mit nichten! Es soll nur so geredet sein, damit alle anderen Verleser - man denke an die Holz- und Zementindustrie, damit zugleich an alle Bauarbeiter, Fabrikanten usw. - ebenfalls möglichst schnell wieder in ordentliche, menschenwürdige Verhältnisse gebracht werden.

Wären diese Worte bei allen Regierungsvertretern, tonangebenden Körperschaften und bei der Regierung selbst Beachtung finden; noch ist es Zeit, schnell zu handeln, um in etwa aus dem großen Wirrwarr herauszukommen und die wirkliche Einigung aller Arbeiter hierdurch zu fördern zum Wohle des ganzen Reiches.

Da es, nach meiner besten Ueberzeugung, uns nicht erspart bleibt, nochmals eine geschichtlich notwendige Umwälzung durchzuführen, würde ich es mit Freuden begrüßen, wenn durch die hier erwähnten Anregungen die so notwendigen Annäherungen familiärer Volksekreise gefördert würden, um damit für alle Zeiten alle vorkommenden Schwierigkeiten spielend leicht zu überwinden.
Martin Rudolph, Essen.

Wetterleuchten der Weltrevolution.

Aus jedem, auch dem kleinsten Streik im Ausland, machen die sogenannten Kommunisten das „Wetterleuchten der Weltrevolution“. Dabei lassen sie es aber völlig an realistischen Tatsachen fehlen, sie arbeiten den schimmlichen Arbeiterfeinden sogar direkt in die Hände. Wie diese Zünglein in der Bergarbeiterzeitung beurteilt wird, zeigt folgende Zuschrift eines alten Verbandskameraden aus Vortrop:

Die früher teilweise gelben, jetzt kommunistischen Quetreiber, arbeiten heute ebenso konsequent für das Kapital, wie sie es früher getan haben. Früher fürchteten sie sich meist vor ihrem eigenen Schatten, waren gegenüber den Beamten demütig wie die Hunde, heute misshandeln sie eine Freiheit, für deren Erlämpfung sie nie einen Finger krümmen gemacht haben. Welche Zusammenfänge hierbei in Betracht kommen, haben die verschiedenen Gerichtsverhandlungen in Bochum, Dortmund, Witten, Essen usw. gezeigt. Einer vertrat sich da meist hinter dem anderen, wie einer den anderen zu belasten und zu beschuldigen suchte. Keiner bekannte sich zu seinen Taten, alle wollten sie es nicht gewesen sein. In den Verhandlungen hielten diese Elemente die witzigsten Reden, beschimpften die alten Führer als Feiglinge und Verräter und da, wo sie für ihre Taten einsehen sollten, erklärten sie meist übereinstimmend: Mein Name ist Opa, ich weiß von nichts. So war es nicht, mein Bruder wars. Dieses Trauerpiel wirkt um so abstoßender, weil die geschmähten alten Führer stets zu ihrer Sache standen und für ihre Taten die Verantwortung übernahmen.

Wie soll man nun über die Masse der Arbeiter beurteilen, die sich von diesen ebenso feigen wie verantwortungslosen Elementen am Gängelbande führen ließ? Da haben wir jahrzehntelange Schulungsarbeit geleistet und doch ist die Zahl der gewerkschaftlich und politisch geschulten Arbeiter nicht groß genug, um die Masse entsprechend beeinflussen zu können. Diese rennen vielmehr jedem Abenteuer nach, wenn er nur rabuliste Reden hält, ohne nach seiner Qualität und Vergangenheit zu fragen. Und die Frauen sind teilweise noch verirrter, weil sie noch weniger Einsicht in die politischen und wirtschaftlichen Zusammenhänge besitzen. Ihnen kann man bei jedem kleinen Streik im Ausland noch viel leichter begreiflich machen, daß sei das „Wetterleuchten der Weltrevolution“.

Wenn man mit der Verbandszeitung von Haus zu Haus geht, dann kann man in dieser Beziehung allerdand Beobachtungen machen. Die alten, geschulten Verbandskameraden halten zu ihrer Sache, weil sie die Dinge sehen, wie sie sind, und nicht, wie sie sich in der Phantasie hysterischer Geisteskrankter ausmalen. Anders die Neulinge; sie verwechseln sich, wo ihnen der Witterwind ausgeht, hinter die „hohe Weisheit“. Und da kann man es oft hören, daß der Verband keinen Zweck habe, es würde ja doch nichts gemacht usw. So redet die Unwissenheit, aber diese Unwissenheit ist Trumpf bei dieser „Sturmtruppe der Weltrevolution“.

Gegen diese Unwissenheit müssen wir uns ebenso wenden, wie gegen die Herrschaft des Kapitals. Die angebliche „Sturmtruppe der Weltrevolution“ ist ja im Grunde genommen nichts anderes als die „Sturmtruppe des Rückschritts auf allen Gebieten“. Früher Stützen und jetzt Schrittmacher der Reaktion, so kann man all die Elemente bezeichnen, die früher im gelben und patriotischen Fahrwasser folgten und jetzt bei Spartakus gelandet sind. Das „Wetterleuchten der Weltrevolution“ beginnt erst dann, wenn der Geist über die Materie herrscht und die Handlungen der Menschen nicht mehr von jeweiligen Gefühlswallungen, sondern von klüher, verstandesmäßiger Ueberlegung bestimmt werden.

Worte und Taten kommunistischer Führer.

Von einem Raddor Kameraden wird uns geschrieben: Worte und Taten der kommunistischen Führer kann man auch auf Raddor beobachten, wenn man die Weber und Mannen ins Auge faßt. Während des Streiks im Februar sowohl wie im April d. J. wußten diese ihre Kameraden in Versammlungen nicht genug auf das Solidaritätsgesühl behaglich Ausschärfen im Kampfe hinzuwirken, im April hatte Mannen im Arbeiteramt sein Einkommen. Beim Streik im April waren die Kommunisten am Orte allgemein der Ueberzeugung,

Süddeutschland.

Was muß für die bayerischen Bergarbeiter geschehen?

Aus Bergarbeiterkreisen wird uns geschrieben: Die in weitesten Kreisen der bayerischen Bergarbeiter bestehende Zustimmung hat ihre Ursachen in der wirtschaftlichen Lage...

Zunächst hätte die Regierung bei der letzten Lohnforderung rascher arbeiten müssen. Auch die Unternehmer dürften da nicht frei von Schuld sein.

Weiter ist zu beachten, daß keine Berufsgruppe dem Volkswohl größere Opfer gebracht hat, wie gerade die bayerische Bergarbeiterfamilie.

Es muß somit Aufgabe der Regierung sein, nicht bloß in punkto Lohnhöhe, sondern auch bei den Preisbeeinträchtigungen ein entschiedenes Wort zu sprechen.

Außerdem muß die Regierung alles daran setzen, um die Preistatation sofort auf die zugefügten 150 Gramm zu erhöhen.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 31. Woche (vom 27. Juli bis 3. August 1919) fällig.

Das Protokoll der 21. Generalversammlung

wird in etwa vier Wochen erscheinen. Dasselbe kostet für Mitglieder 1 Mk., für Nichtmitglieder 3 Mk.

Kühlerrevisionen.

Die Mitglieder werden gebeten, die Mitgliedsbücher bereit zu halten, um den Revisoren die Arbeit zu erleichtern.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Unter Vorgeigung des Mitgliedsbuches und des Krankenscheines kann in folgenden Bahnhöfen das Krankengeld erhoben werden:

Adressenveränderungen.

Abd Grund (Hatz). Vertrauensmann: Ludwig Riemann, Herzogin-Elisabeth-Str. 285.

Der Bezirk Borna sucht zum sofortigen Eintritt eine Hilfskraft.

Werner müssen mindestens fünf Jahre Mitglied sein und Erfahrungen im Verband haben.

Für den Bezirk Halle werden zwei Hilfsbeamte und für die Zahlstelle Bitterfeld ein Lokalbeamter zum sofortigen Eintritt gesucht.

Verzicht! Welcher Kamerad kann Auskunft geben über den Mustler Georg Wiesel, 8. Komp. Reg.-Inf.-Reg. 234, vermisst seit dem 29. September 1918?

Verzicht! Welcher Kamerad kann mir Auskunft geben über den Dragoner Wilhelm Franke, Dragoner-Reg. 25, 4. Eskadron, welcher seit dem 17. 10. 1918 im Geheft bei Kottbus an der Ahs vermisst wird?

Die deutsche Revolution

Des Volkes Sieg und Zukunft. Von Erich Kuttner, Vorwärts-Redakteur.

runger der Referenten über Lohnhöhe und Stiebsfundschaft im Ruhrgebiet richtigstellen wollte. Herr Schäfer hat aber nicht etwa irgend etwas richtiggestellt...

Die heutige Konferenz der Vertrauensmänner des Bergarbeiterverbandes aus der Kallindustrie im Bezirk Hannover-Hildesheim stellt fest, daß die Arbeiter eine sehr große Geduldprobe in der Regelung des Lohntarifs...

Die Organisationsleiter der Bergarbeiter werden gebeten, die Lohnhöhe, welche in den gemeinsamen Konferenzen Ende Mai vereinbart wurde, nicht zu ändern.

In einer Gegenresolution stellte man nachher völlig neue Forderungen auf und verwarf die Verhandlungen auf den Generalstreik schuldig.

An alle wirklichen und vernünftigen Kallinarbeiter ergeht die Mahnung: laßt euch nicht von wahnsinnigen Schreibern und unverantwortlichen Maulhelden zu Schritten drängen.

Die Arbeiter müssen sich nicht durch die Forderungen der Referenten irritieren lassen, sondern sie müssen sich für die Lösung der Probleme einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich nicht durch die Forderungen der Referenten irritieren lassen, sondern sie müssen sich für die Lösung der Probleme einsetzen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Sozialer Pflichtbewußtsein und Sozialismus.

Auf die Erwiderung in Nr. 25 der 'Bergarb.-Ztg.' des Kameraden Julius Schmidt, Linden-Str., zu meinen Ausführungen in Nr. 20 der 'Bergarb.-Ztg.' setze ich mich veranlaßt, zu antworten.

Die Arbeiter müssen sich nicht durch die Forderungen der Referenten irritieren lassen, sondern sie müssen sich für die Lösung der Probleme einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich nicht durch die Forderungen der Referenten irritieren lassen, sondern sie müssen sich für die Lösung der Probleme einsetzen.

Die Arbeiter müssen sich nicht durch die Forderungen der Referenten irritieren lassen, sondern sie müssen sich für die Lösung der Probleme einsetzen.

selbst die Hoffnungsarbeiten unter allen Umständen einzustellen, nur um ihr Ziel zu erreichen. Inzwischen waren bereits einige zur diesbezüglichen 'Kostengarde' abgegangen...

Dann schied der Jubring der 'revolutionären Bergarbeiterfamilie' zur freien Verfügung' nicht so groß zu sein, wie den Bergleuten seit Januar stets vorgetragen wurde.

Spartakistisches in Leutoburgia.

Von einem alten Verbandskameraden von Seide Leutoburgia wird uns geschrieben: Die gelbe Hochburg Leutoburgia hat während der Revolutionsstürme schwere Zeiten durchgemacht.

Dieser Mann schaut sich also nicht, mit jählicher Offenheit eingesehen, daß er nur da ernten will, wo andere gesät haben.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Verammlung in Fortuna.

In der am 6. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung, welcher auch einige grüne Gewerkschaftsmitglieder beiwohnten, gab Kamerad Gremer-Heindorf den Bericht von der Generalversammlung...

Hannover, Braunschweig, Hesse-Nippen.

Kallarbeiterkonferenz in Hannover.

Am 20. Juli fand im 'Vollshelm' zu Hannover eine Kallarbeiterkonferenz statt, die von spartakistischer Seite geradezu zu einem Ueberfall auf die Verbandsleitungen organisiert war.

Der Verbandsvorsitzende, Kamerad Sachse, gab einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen und den Stand des Lohntarifs.

Wer da nun glauben möchte, daß nunmehr eine sachliche Debatte über die beiden Berichte eingeleitet würde, hatte sich gründlich geirrt.